



Krisenzentrum
Dortmund



Datenschutzerklärung für Klienten des Krisenzentrums

Verantwortlicher:

Krisenzentrum Dortmund

Leiter: Johannes Ketteler

Wellinghofer Straße 21

44263 Dortmund

E-Mail: kontakt@krisenzentrum-dortmund.de

Internet: www.krisenzentrum-dortmund.de

Telefon: +49 (0)231 435077

Träger: Klinikum Westfalen GmbH

Akademisches Lehrkrankenhaus der Ruhr-Universität Bochum

Geschäftsführung: Stefan Aust, Michael Kleinschmidt

Am Knappschaftskrankenhaus 1

44309 Dortmund

E-Mail: info@klinikum-westfalen.de

Internet: www.klinikum-westfalen.de

Telefon: +49 (0)231 922-0

Telefax: +49 (0)231 922-1909

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen Ihrer Beratung bzw. Versorgung ist es erforderlich, personenbezogene ggf. auch Gesundheitsdaten über Ihre Person zu verarbeiten. Um die datenschutzrechtlichen Verarbeitungsvorgänge innerhalb unseres Krisenzentrums leichter überblicken zu können, haben wir für Sie die nachfolgenden Informationen zusammengestellt.

Zwecke, für die Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Im Rahmen der niederschweligen Beratung werden Daten über Ihre Person, Ihren sozialen Status sowie ggf. weitere, für die Beratung notwendige Daten erhoben, erfasst, gespeichert, abgefragt, genutzt, übermittelt usw. Insgesamt spricht man von der „Verarbeitung“ Ihrer Daten. Der Begriff der „Verarbeitung“ bildet den Oberbegriff für all diese Tätigkeiten. Die Verarbeitung von Ihren Daten ist aus Datenschutzgründen nur möglich, wenn eine gesetzliche Grundlage dieses vorschreibt bzw. erlaubt oder Sie als Klient hierzu Ihre Einwilligung erteilt haben.

Für Ihre Beratung notwendig sind insbesondere die Verarbeitungen Ihrer Daten zur sozialen Betreuung sowie ggf. aus therapeutischen Gründen. Ebenso erfolgen Verarbeitungen – im



Sinne einer bestmöglichen Beratung – bei der interdisziplinären Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, **sofern dies von Ihnen gewünscht ist.**

Neben der kundenbezogenen Verarbeitung bedarf es auch einer verwaltungsmäßigen Abwicklung Ihrer Beratung. Dies bedingt im Wesentlichen die Verarbeitung Ihrer Daten zu statistischen Zwecken, wobei Ihre Daten hierzu anonymisiert werden. Ferner erfolgen Datenverarbeitungen zu gesetzlich vorgesehenen Meldepflichten (z. B. nach dem Infektionsschutzgesetz) sowie nicht zuletzt aus Gründen der Betreuung und Wartung unseres IT-Systems und der entsprechenden Anwendungen.

Von wem erhalten wir Ihre Daten?

Die entsprechenden Daten erheben wir bei Ihnen selbst.

Wer hat Zugriff auf Ihre Daten?

Ihre Daten werden ausschließlich vom Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet. Dieses Fachpersonal unterliegt entweder dem sog. Berufsgeheimnis oder einer vertraglichen Geheimhaltungspflicht.

Der vertrauliche Umgang mit Ihren Daten wird insofern gewährleistet!

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten durch das Krisenzentrum

Die Grundlage dafür, dass das Krisenzentrum Ihre Daten verarbeiten darf, ergibt sich hauptsächlich daraus, dass das Krisenzentrum Ihre Daten zu Zwecken der Erfüllung des Beratungsvertrages verarbeitet. Auf dieser Grundlage bestehen unterschiedliche gesetzliche Regelungen, die dem Krisenzentrum eine Verarbeitung der Daten erlauben.

Genannt seien hier insbesondere die Art. 6, 9 DS-GVO (EU Datenschutz-Grundverordnung), in welchen die Datenverarbeitung ausdrücklich geregelt ist, § 22 BDSG (Bundesdatenschutzgesetz neue Fassung) sowie die (steuer)rechtlichen Dokumentationspflichten, die eine Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen einer niederschweligen Beratung voraussetzen.

Als Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung seien zudem beispielhaft genannt:

- Datenverarbeitung zu Zwecken der niederschweligen Beratungsvertragserfüllung (Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO, Art. 9 Abs. 2 lit. d DS-GVO i.V.m. EG 53),
- Datenweitergabe zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der das Krisenzentrum unterliegt (Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO),
- Datenverarbeitung, wenn dies erforderlich ist, um die lebenswichtigen Interessen der Klienten oder einer anderen natürlichen Person zu schützen (Art. 6 Abs. 1 lit. d DS-GVO),



Daneben sind Verarbeitungen auch in Fällen zulässig, in denen Sie uns **Ihre Einwilligung** erklärt haben.

Notwendigkeit der Angabe Ihrer Personalien

Die ordnungsgemäße administrative Abwicklung Ihrer Beratung bedingt die Aufnahme Ihrer Personalien.

Mögliche Empfänger Ihrer Daten

Ihre Daten werden im Rahmen der Zweckbestimmung unter Beachtung der jeweiligen datenschutzrechtlichen Regelungen bzw. etwaiger vorliegender **Einwilligungserklärungen** erhoben und ggf. an Dritte übermittelt. Als derartige Dritte kommen insbesondere in Betracht:

- weiter-, nach- bzw. mitbehandelnde Ärzte,
- externe Datenverarbeiter (sog. Auftragsverarbeiter) sowie
- Seelsorger, staatliche Behörden usw.

Welche Daten werden im Einzelnen übermittelt?

Sofern Daten übermittelt werden, hängt es im Einzelfall vom jeweiligen Empfänger ab, welche Daten dies sind. Bei einer klassischen Beratung handelt es sich zum Beispiel um folgende Daten:

Name des Klienten, Geburtsdatum, Anschrift, den Tag und den Grund der Beratung sowie den Inhalt des Beratungsgesprächs. Sofern von dem Klienten eine dahingehende Einwilligung erteilt wurde, werden die erhobenen (Gesundheits-)Daten an Psychologen oder Ärzte übermittelt.

Widerruf erteilter Einwilligungen

Wenn die Verarbeitung Ihrer Daten auf einer Einwilligung beruht, die Sie uns gegenüber erklärt haben, steht Ihnen das Recht zu, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Diese Erklärung können Sie – schriftlich oder per E-Mail – an uns richten. Einer Angabe von Gründen bedarf es dafür nicht. Ihr Widerruf gilt erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Sie diesen aussprechen. Er hat keine Wirkung für die Vergangenheit. Die Verarbeitung Ihrer Daten bis zu diesem Zeitpunkt bleibt also rechtmäßig.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Die Berater unseres Krisenzentrums sind dazu verpflichtet, eine Dokumentation über Ihre Beratung zu führen. Dieser Verpflichtung können sie in Form einer in Papierform oder elektronisch geführten Akte nachkommen. Diese Dokumentation wird nach Abschluss Ihrer Beratung für die Dauer von einem Jahr sicher verwahrt.

Nach Ablauf dieser Zeit werden die Unterlagen datenschutzkonform vernichtet bzw. in anonymisierter Form zu statistischen Zwecken aufbewahrt.



Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung usw.

Ihnen stehen sog. Betroffenenrechte zu. Diese Rechte können Sie gegenüber dem Krisenzentrum geltend machen. Sie ergeben sich u. a. aus der DS-GVO:

- Recht auf Auskunft, Art. 15 DS-GVO: Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden gespeicherten personenbezogenen Daten. Darüber hinaus steht Ihnen ein Recht auf Einsicht in Ihre Beratungsakte aus § 630g BGB analog zu.
- Recht auf Berichtigung, Art. 16 DS-GVO: Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.
- Recht auf Löschung, Art. 17 DS-GVO: Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DS-GVO. Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht, aber gekennzeichnet werden, um ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.
- Recht auf Widerspruch gegen unzumutbare Datenverarbeitung, Art. 21 DS-GVO. Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die aufgrund des berechtigten Interesses des Verantwortlichen erfolgen.

Datenschutzbeauftragter des Krisenzentrums

Das Krisenzentrum gehört der Klinikum Westfalen GmbH an. Diese hat eine Datenschutzbeauftragte bestellt. Bei ihr können Sie datenschutzrechtliche Verstöße melden. Die Kontaktdaten lauten wie folgt: Am Knappschafts Krankenhaus 1, 44309 Dortmund, Tel: +49 (0)231 922-2210; E-Mail: datenschutz@klinikum-westfalen.de.

Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde wegen Datenschutzverstößen

Unabhängig davon, dass es Ihnen auch freisteht, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Dies ergibt sich aus Art. 77 DS-GVO. Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde kann formlos erfolgen.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!